

Ressort: Finanzen

Bericht: EZB-Politik kostet Sparer 200 Milliarden Euro

Frankfurt/Main, 10.04.2016, 07:00 Uhr

GDN - Die Nullzins-Ära kostet die Deutschen bis zum Jahresende knapp 200 Milliarden Euro: Das berichtet die "Welt am Sonntag" mit Verweis auf Berechnungen der DZ Bank, des Zentralinstituts der Volks- und Raiffeisenbanken. Rein rechnerisch habe jeder einzelne Bürger seit Beginn der Euro-Krise 2.450 Euro weniger in der Tasche.

Der negative Effekt entgangener Sparzinsen wird demnach bei weitem nicht durch den positiven Effekt niedrigerer Kreditzinsen ausgeglichen. Allein von 2010 bis 2015 büßten die Deutschen mit Tagesgeldkonten, Wertpapieren und Versicherungen 261 Milliarden Euro ein, berichtet die Zeitung weiter. In diesem Jahr kämen noch einmal 82 Milliarden Euro hinzu. Den insgesamt 343 Milliarden Euro stünden Zinersparnisse, etwa beim Hausbau, in Höhe von lediglich 144 Milliarden Euro gegenüber. Für die Berechnungen verglich die DZ Bank die stetig gesunkenen Durchschnittszinssätze für Einlagen, Anleihen und Lebensversicherungen in den Jahren seit 2010 mit den mehrjährigen Durchschnittswerten der Vorkrisenzeit. Die größten Zinseinbußen gab es demnach auf Konten und Sparbüchern. Dort haben die Deutschen mehr als zwei Billionen Euro liegen. Die Unionsparteien, vor allem die CSU, schlugen deshalb scharfe Töne gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB) an. "Die EZB fährt einen hochriskanten Kurs", sagte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) der "Welt am Sonntag". Die EZB setze, indem sie die Zinsen so niedrig halte, ein fatales Signal: "Nämlich, dass Vorsorge und Sparen keinen Sinn haben." Auch CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer spricht von "einem Angriff auf den kleinen Sparer". Statt nachhaltigen Vermögensaufbaus gebe es Investitionsblasen und übermäßige Verschuldung. Die CSU-Landesgruppenchefin in Berlin, Gerda Hasselfeldt, fordert deshalb, dass Deutschland in der EZB mehr Stimmrechte erhält - "entsprechend seines Kapitalanteils".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-70696/bericht-ezb-politik-kostet-sparer-200-milliarden-euro.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com